

Rolf Bünthe – Alte Bahnhofstraße 17– 25992 List auf Sylt

Gewoba Nord  
An den Vorstand und den Aufsichtsrat  
Moltkestraße 32  
24837 Schleswig

List auf Sylt, den 10.05.2019

Sehr geehrter Herr Liebscher, sehr geehrte Frau Wennholz,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 30.04.2019 zu unserem Brief am 16.04.2019.

Wir möchten Sie folgend auf den ein oder anderen Denk- und Argumentationsfehler in Ihrem Brief aufmerksam machen.

1. Sie sprechen von einer „den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Mieterhöhung“.

Dazu möchten wir erwidern, dass Sie nicht gesetzlich dazu verpflichtet sind, die Miete zu erhöhen. Die gesetzlichen Bestimmungen setzen lediglich **Grenzen für eine Mieterhöhung** fest, die Sie laut Ihres Schreibens aber offenbar zu überschreiten beabsichtigen.

2. Die Mitglieder in Mietwohnungen der Genossenschaft empfinden eine **eineinhalbjährliche Erhöhung der Miete** um 5% **nicht** als angemessen und sozialverträglich und unterschreiben die „freiwillige“ Vereinbarung nur aus Angst vor den angedrohten 20% Mieterhöhung. Sie fragen sich, in wieweit der Grund für die Mieterhöhungen darin liegt, dass eine „strategische und renditeorientierte Entwicklung der Anlageimmobilien“ (<https://www.budgmbh.de/das-unternehmen/organigramm>) zugunsten anderer Mitglieder und Geldeinleger der GEWOBA Nord und der in verschiedenen GmbHs ausgegliederten Firmen höher gewichtet wird als das Wohl der Mieterinnen und Mieter.

Gerne machen wir im Übrigen Einsparvorschläge bezüglich der Pflege der Grünanlagen und überflüssiger Beleuchtung an und um die Häuser – was sich nebenbei auch noch als insektenfreundliche Maßnahmen darstellen würde – und empfehlen, vorhandene Wohnungen zu vermieten und sie nicht (wie in der Alten Bahnhofstraße in List) über viele viele Jahre hinweg leer stehen zu lassen.

3. Eine ihrerseits genannte Durchschnittsmiete von 6,84 Euro (sind da die sozial geförderten Wohnungen mitgerechnet worden?) nützt denjenigen nichts, die bereits jetzt mehr als 10 Euro bezahlen (eines Ihrer aktuellen Wohnungsangebote sieht eine Miete von 12,40 Euro pro qm vor).

Eine ständig prozentual steigende Miete trifft diejenigen um so mehr, die bereits mit einer hohen Miete in die Genossenschaft eingestiegen sind. Das von Ihnen

mit einem „dürfte“ versehene aktuelle Mietniveau von 15,00 €/qm laut Auskunft der ARGE ist weder bei den vor kurzem fertiggestellten Mehrfamilienhäusern auf der Osterwiese in Wenningstedt, noch bei den Mehrfamilienhäusern der KLM, noch bei den gemeindeeigenen Neubauwohnungen in List am Hermannshain gegeben oder bei den geplanten Mehrfamilienhäusern im Dünenpark List vorgesehen.

4. Auf Ihrer Webseite werben Sie mit „bezahlbarem Wohnraum“ - auch dann, wenn die Rente sinkt. Das steht in eklatantem Widerspruch zu den ständig steigenden Mieten in der Realität.

5. Bezüglich der dubiosen Aufteilung der Wahlbezirke für die Vertreterwahlen haben wir im Vorfeld viel Mühe aufgewandt, weitergehende Informationen zu erhalten. Irgendwann war es tatsächlich gelungen, mit einer Ihrer Mitarbeiterinnen telefonisch zu sprechen. Dort wurde uns mitgeteilt, dass unser Eindruck, wir könnten unsere Nachbarn ggf. wegen der Buchstabeneinteilung nicht wählen, falsch sei.

Diese Information stellte sich im Nachhinein - jedoch zu spät - als Falschinformation heraus. Ob bewusst falsch informiert wurde oder bei den zuständigen Mitarbeiterinnen das Wissen fehlt, können wir nicht sagen.

Wir freuen uns jedoch sehr, dass Sie zu einem auf Augenhöhe geführten Dialog jederzeit bereit sind und werden darauf gerne zurück kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Bunte  
(für Bündnis90/Die Grünen, Ortsgruppe List)